

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: 10 Pf. für den Abnehmer von der Druckerei wöchentlich 20 Pf., monatlich 60 Pf., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch andere Besteller zugerechnet monatlich 30 Pf., vierteljährlich 2,10 Mk.; bei den deutschen Postämtern monatlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie andere Zusteller und Geschäftsleute nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle schwerer Krankheit — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse der Redaktion der Zeitungen, der Lieferanten oder der Bestellerangehörigen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Abonnent in den vorgenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in fehlerhaftem Umfang oder nicht erscheint. / Druckverfassung der Nummer 10 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verleger, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. / Druckerei: Wilsdruff Nr. 26.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Verleger: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Nr. 28614.

Nr. 275.

Dienstag den 26. November 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der vierten Seite.

Heimkehrende Krieger, die Ihr für uns gekämpft
und gelitten, die Heimat grüßt Euch!

Der weitere Rückmarsch.

Das Geheimnis der Kraft.

Von einem deutschen Auslandspolitiker wird uns geschrieben:

Mit der gleichen ruhigen Sicherheit, mit der sie in den Krieg hineingegangen und auch über seine kritischsten Stunden Sieger geblieben sind, schreiten die britischen Staatsmänner jetzt dem Frieden entgegen. Sie bleiben kalt und überlegen auch im Angesicht des größten Triumphes, der ihnen nicht mehr entgegen kann, und vergessen darüber keinen Augenblick, daß er für England, für das noch größer, noch mächtiger geworden England keineswegs das Ende aller Dinge bedeutet. Ihre Gedanken schweifen schon in die kommende Friedenszeit und suchen das Volk vorzubereiten auf die neue Lage, die es dann vorfinden wird.

Und was bereitet ihnen Sorge, wo legen sie den Hebel ihrer Staatskunst an, um dem Lande die Früchte des glücklichen Kriegsausganges zu sichern?

Nichts fürchten sie so sehr wie Uneinigkeit der Parteien, wie Entfesselung von Kampf und Streit im Volke. Lloyd George, dem unbestritten gebliebenen Diktator des Landes, war es gelungen, den Ruf nach allgemeinen Wahlen zum Parlament immer wieder zu ertönen. Die unumschränkten Vollmachten, die er befaß, wollte er unter seinen Umständen in Frage stellen, solange der Weggang auf dem Festlande noch nicht entschieden war. Jetzt ist es so weit. Ohne einen Augenblick zu zögern, wird daraufhin das Unterhaus vertagt und aufgelöst und die Regierung tritt in den Wahlkampf ein, der ihr, nach den ungeheuren Erfolgen, die sie errungen hat, gewiß keine Sorge zu machen braucht. Aber trotzdem: nichts liegt ihren führenden Männern ferner als die Fäden etwas am Boden schleifen zu lassen. Regierung heißt ihnen führen, bestimmen, lenken, leiten. Und so erklären Lloyd George und Balfour in einem gemeinsamen Wahlprogramm, mit dem sie vor ihre Anhänger hinstreten: über die wichtigen Fragen, die der Krieg hinterläßt, muß mit der Einmütigkeit, die im Kriege das Geheimnis der Kraft des englischen Volkes gewesen ist, verhandelt werden.

Das Geheimnis der Kraft! Wo nicht in der Überlegenheit des Menschenmaterials, der großen und kleinen Kriegsmaschinen, der goldenen Äußerungen, haben diese beiden erfahrenen Sachkennner die Ursache ihres Sieges, sondern in dem unerschütterten gebliebenen Zusammenhalt aller Klassen und Parteien untereinander und mit den Bürgerlichen und militärischen Führern des Volkes, in dem zielbewußt aufrechterhaltenen Vertrauen zu den Einrichtungen des Landes, zu der Selbstlosigkeit seiner maßgebenden Kreise, zu der Unbedingtheit und alles andere weit überragenden Notwendigkeit des Sieges. Und damit nicht genug. Wer etwa geglaubt haben sollte, alsbald nach dem Kriege dafür um so ungenierter hinter einseitigen Parteiziele herlaufen zu können, dem wird sofort bedeutet, daß er sich auf dem Holzwege befindet. Man muß wissen, wie die bisherigen Verbündeten miteinander auskommen werden, wenn die Waffen schweigen? Man muß wissen, ob Partei- und Klassenhass nicht wieder aufleben würden, was im Kriege für die Bereicherung des englischen Volkes, des Mutterlandes wie seiner Kolonien, mit schweren Opfern errungen wurde? Der kluge Mann baut vor, und so wird, kaum daß der Wahlkampf begonnen hat, die Lösung ausgesprochen: bleibt einig und immer wieder einig, wenn ihr nicht wollt, daß die Weltarbeit Schaden leidet. Das gilt namentlich für die Arbeiter, die sich, mit deutlichem Vorbehalt, zwar zwar, aber doch immer wieder willig allen Krisennotwendigkeiten stellen haben und erst wohl am ungeduldgigsten nach Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht verlangen werden. Gewiß, man wird ihre Lage verbessern

und erleichtern, so weit die Beendigung des Krieges es irgend erlaubt. Aber nichts wird ihnen entschieden verweigert werden, als ein Umsturz der überlieferten Ordnung in Staat und Gesellschaft, ja auch nur der Versuch, den Wahlkampf für einzelne unzulässige Zwecke zu mißbrauchen, würde von der Regierung mit Entschlossenheit unterdrückt werden. Lloyd George ist kein Mann leerer Worte. Wenn er die Erhaltung der Einmütigkeit des Volkes als sein Programm bezeichnet, so ist laute Reden gegen ein zu wetten, daß er sie gegen nationale wie gegen internationale Störungen jeder Art unter allen Umständen schützen wird. Er fürchtet sich nicht, nicht vor dem Ruf ein mittelalterlicher Reaktionsär zu sein, noch weniger vor der Schande, die Interessen seines Landes wichtiger zu nehmen als Forderungen der Menschheit, der Völkergemeinschaft. „England, England über alles, über alles in der Welt!“ — Das war, das ist und das bleibt der Wahlspruch jedes britischen Staatsmannes, und man muß schon sagen, daß er sich in der vielhundertjährigen Geschichte dieses Reiches bewährt hat.

Als am letzten Donnerstag die internierten Engländer in Ruhleben befreit und in die Heimat entlassen wurden, bereitete man ihnen eine Abschiedsfeier und versicherte, daß nun nach der inneren Befreiung Deutschlands und nach der Beendigung des Krieges, die Zeit für eine Verbrüderung beider Völker gekommen sei. An demselben Tage, vielleicht in derselben Stunde kündigte die britische Regierung im Unterhaus die Einbringung einer Gesetzesvorlage an, die ihr absolutes Vollmachten für die Regelung des Fremdenverkehrs nach dem Kriege, für die Zulassung oder Verhinderung von Ausländern gewähren soll. Und der Minister fügte hinzu: ich persönlich bin der Ansicht, daß wir auch nach dem Kriege keinen Deutschen in unserem Lande zulassen werden. So regieren englische Staatsmänner und so bewahren sie das Geheimnis ihrer Kraft!

Keine Diktatur Berlins.

Ebert für ein demokratisches einheitliches Deutschland.
Berlin, 23. November.

Der starke Widerspruch aus den Einzelstaaten gegen eine Berliner Willkürregierung, der auch die geharnischte Note Berlins an die Reichsregierung hervorrief, hat diese zu einer Erklärung veranlaßt. Auf das Telegramm des bayerischen Staatsministers Ulrich hat der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erteilt:

„Durch Ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuscheiden, vielmehr auf enge Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reichs Wert legt. Sie sieht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Vereinhaltung dieses Ziels. Sie krebt nicht nach der Diktatur einer Stadt, oder eines Bundesstaats, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands.“

Witterweise sind die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Volksrat des Berliner AER zu einer Vereinbarung geblieben als deren Resultat amtlich folgendes bekanntgegeben wird:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der AER der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Grundbedingungen der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuschlagen.
2. Bis eine Delegiertenversammlung der AER einen Volksrat der deutschen Republik gewählt hat, läßt der Berliner Volksrat die Funktionen der AER der deutschen Republik im Einverständnis mit den AER von Groß-Berlin aus. 3. Die Erklärung des Rates

der Volksbeauftragten durch den AER von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutive der Republik. 4. Die Verhütung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch Breuchens, erfolgt durch den zentralen Volksrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht. 5. Vor der Verhütung der Administration durch das Kabinet ist der Volksrat zu hören.

Diese Vereinbarung bedeutet also tatsächlich die vorläufige Vorherrschaft der AER, wenn auch die Übertragung der Ausführungsgewalt an die Volksbeauftragten festgelegt ist. Der Berliner Volksrat nimmt tatsächlich die Rechte einer Volksvertretung des ganzen Reiches für sich in Anspruch. Daß dieser Zustand nicht haltbar ist, hat man wohl eingesehen. Deshalb will man Mitte nächsten Monats eine Delegiertenversammlung der AER des ganzen Reiches in Berlin zusammenberufen, die einen Zentralrat wählen soll, der dann den neuen Volksrat ernennen soll. Damit wäre die Gefahr des Überwuchers Berliner Einflüsse im Volksrat beseitigt. Freilich hätte auch dieser Volksrat schwerlich die Vereinhaltung, sich als Volksvertretung zu fühlen. Das könnte nur die Nationalversammlung.

Für baldige Einberufung der Nationalversammlung und gegen jede Diktatur treten in veröffentlichten Beschlüssen ein die Soldatenräte in Kowun, Rönigsberg, Hamburg, Altona, Frankfurt a. M., der 4. Armee u. a. Sie protestieren alleamt, die Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, zu einem Organ des Volksrates der Berliner AER zu machen und fordern einmütig die Nationalversammlung. Antich wird neuer mitgeteilt, daß die bayerische Vorläufige Volksregierung auf der Konferenz mit der Reichsregierung sich entschieden für die baldige Einberufung der deutschen Nationalversammlung einsetzt. Baden wird auf der Konferenz durch den Ministerpräsidenten Geß und den Minister des Innern Haas vertreten sein.

Für Frieden und Lebensmittelzufuhr.

Ein neuer Schritt der Regierung.
Das Rotterdammer Blatt „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erhielt aus Paris Melungen über einen neuen Schritt Deutschlands in der Richtung des baldigen Friedensschlusses und der Lebensmittelversorgung:

Die Meldung lautet: Die schweizerische Regierung übermittelte den Regierungen der Alliierten und der Vereinigten Staaten eine Mitteilung der deutschen Regierung, worin erlaucht wird:

1. Um sofortige Eröffnung von Verhandlungen über den Frieden.
2. Das Zusammenrufen einer deutsch-amerikanischen Konferenz in Haag, die über die Lebensmittelversorgung Deutschlands beraten soll.

Demgegenüber wird von französischer Seite betont, daß die Vereinigten Staaten die Absicht schon zu erkennen gegeben haben, im engen Zusammenhang mit den übrigen Alliierten zu verhandeln.

Staatssekretär Wurm über unsere Ernährung.

Mit der außerordentlich schwierigen Ernährungslage beschäftigt sich eine Erklärung des Staatssekretärs Wurm. Danach ist die Ernährungslage viel zu günstig eingeschätzt worden. Viele Zufuhren aus dem Osten blieben aus und die Kriegsanforderungen haben die AER in enger, wodurch Millionen Berliner Kartoffeln ertraten. Die Abschichtung der Weizenkörner eröffnet für die Sterblichkeit der Kinder die traurigsten Aussichten. Die harten Winterbedingungen haben eine ordnungsmäßige Proviantverteilung unmöglich gemacht. Dazu kommt die Abgabe

der Transportmittel. Obwohl der zentrale Verwaltungsapparat ungehindert funktioniert, steht ohne rechtzeitiges Einsehen einer Hilfsaktion Amerikas und der Neutralen der Zusammenbruch vor der Tür.

Der weitere Rückmarsch.

Zunehmende Schwierigkeiten der deutschen Truppen.
Noch will unsere Verärgerung.

Die Behauptung, daß die Franzosen kampfhaft nach einem Grund suchen, um die Feindseligkeiten wieder anzunehmen, scheint leider, wie von zuständiger Seite erklärt wird, Tatsache zu werden. Schon hat die Reichsleitung nochmals ausdrücklich Befehl gegeben, sich auf kein Geheiß mit den Franzosen einzulassen, selbst wenn diese schließen. Die französischen Generale wollen jeden Verzug in der Ausführung des Waffenstillstandsbedingungen mit der Kündigung des Waffenstillstandes beantworten, trotzdem die deutsche Heeresleitung sich die denkbar größte Mühe gibt, alle Bedingungen so gut und so schnell es geht, zu erfüllen. Ein mäßigender Einfluß, der von den französischen Sozialisten ausgeht, ist nicht zu bemerken, jedenfalls setzt er sich nicht durch.

Unsere Westarmee zieht sich unaufhaltsam weiter zurück, wobei naturgemäß die Schwierigkeiten wachsen. Unter den geschlossenen Formationen herrscht durchweg musterhafte Ordnung. Zur Ausübung des Grenzschutzes gegen Übergriffe belgischer Bländerer und deutscher Marodeure wird, nachdem die letzten deutschen Truppen die Grenzgebiete verlassen haben, eine starke Grenzgarde aus entlassenen Heeresangehörigen gebildet.

Eine Mahnung Hindenburgs.

Generalfeldmarschall Hindenburg hat ein Telegramm an die Reichsleitung gerichtet, worin er sagt: „Die Waffenstillstandsbedingungen, die die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insonderheit der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Möglichkeiten fordern und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtsmittel für eine Wiederaufnahme des Kampfes schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Selbst ein Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus Äußerungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden.“

Französische Machenschaften.

Die deutsche Regierung hat sich veranlaßt gesehen, an die gegnerischen Regierungen folgende Note zu richten:
Nach Artikel 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsaß-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf einer Karte verzeichnet. Die dritte Etappe greift auf der Karte westlich Brum und zwischen Metz und Saargemünd, und zwar einschließlich Saarlouis und Saarbrücken, auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, um zu versuchen, diese Gebiete an Elsaß-Lothringen beziehungsweise zu Luxemburg zu schlagen.

Weiter betont die Note, daß der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder nicht beachtet worden ist. Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch einer Loslösung dieser Gebiete feierlichst Verwahrung ein.

Eine deutsche sozialistische Armee.

Im Vollzugsrat des NSDAP wird zurzeit der Plan für die Bildung einer deutschen sozialistischen Armee ausgearbeitet. Die Armee soll in Mannschaften und Führer zerfallen, wobei die Führer gewählt werden. Für den Dienst ist militärische Disziplin vorgeschrieben. Die alten Reichs- und Landesfarben werden abgeschafft. An ihre Stelle tritt die rote Kaserne als Abzeichen der sozialistischen Republik. Helmschilde und Degene fallen fort. Die Führer tragen unterschiedslos die gleiche Bekleidung, bestehend aus Bluse, Rock und Mantel. Waffen dürfen nur im Dienst getragen werden. Auch die gewählten Führer dürfen das Abzeichen ihres Ranges nur im Dienste tragen. Dieses Abzeichen besteht aus einer roten Binde. Gruppenführer tragen die rote Binde ohne Streifen, Zugführer mit einem schwarzen Streifen, Kompanieführer mit zwei schwarzen Streifen und Bataillonsführer mit drei schwarzen Streifen.

Der Papst für mildere Bedingungen.

Wie aus Rom gedruckt wird, hat nach einer amtlichen Erklärung des Kardinal Staatssekretärs der Papst auf die Bitte des Kardinal Kardinal v. Sarrmann vom 14. November d. J. wegen Versorgung des Rheinlandes mit Lebensmitteln sowohl beim amerikanischen und französischen Episcopat wie auch bei der englischen Regierung locale entsprechende Schritte getan. Auch schon vorher

hatte der Papst beim Präsidenten Wilson sich um Wahrung der Waffenstillstandsbedingungen und um Beschaffung von Nahrungsmitteln für Deutschland bemüht.

Neueste Meldungen.

München, 21. November. Aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Verchenfeld veröffentlicht die bayrische Regierung Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Die erste dieser Urkunden ist ein vom 18. Juli 1914 datierter Bericht des Grafen Verchenfeld über die Beziehungen zwischen der Berliner Regierung und dem Ultimatum Österreichs an Serbien. Es heißt darin: „Daß Serbien die mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbaren Forderungen Österreichs nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus damit einverstanden, daß Österreich die günstige Stunde nicht selbst auf die Gefahr weiterer Entwicklungen hin.“ In einem Telephonat der bayerischen Gesandtschaft vom 21. Juli 1914 wird die Überzeugung ausgedrückt, „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Oesterreichs die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Genuß der Dinge nicht aufhalten werden.“ Weiter wird mitgeteilt, daß der preussische Generalstab damit rechnen, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können.

Berlin, 21. November. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Sell, hat an die amerikanischen Regierungen eine neue Note gegen den „Waffenstillstand der Besetzung“ gerichtet. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes, so erklärt er, bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Pause zum Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das deutsche Volk aber wolle die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen und könne es auch nicht. Die von der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen getroffenen Maßnahmen seien nichts anderes, als Versuche, den Entschloßenheit der Friedenskonferenz, mit Gewalt voranzureisen.

Berlin, 21. November. Der Volksbeauftragte Ebert äußerte sich dem hiesigen Vertreter der „Weiter-Beitrag“ gegenüber über die Einberufung der Nationalversammlung. Er betonte mit aller Entschiedenheit, daß die Regierung von Anfang an die Verfassung einer konstituierenden Versammlung für durchaus notwendig gehalten habe und an dieser Auffassung auch heute noch entschlossen festhalte. Die Nationalversammlung solle sobald wie möglich berufen werden, um die konstitutionelle Grundlage für die sozialistische Republik zu schaffen.

Berlin, 21. November. Von gutunterrichteter Seite erfahren wir folgende Tatsachen, die mit eindringlicher Deutlichkeit zeigen, mit welcher unversöhnlichem Haß und Mißtrauen der Franzose die Waffenstillstandsbedingungen durchzuführen gedenkt:

Die deutschen Delegierten bei der Waffenstillstandskommission in Spaa haben einen außerordentlich schweren Stand. Marshal Koch besteht in allem auf seinen Schein und hält seine Vertreter an, die Erfüllung der unannehmlichen und zum größten Teil praktisch unausführbaren Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens rückständigst zu berücksichtigen. Alle von den deutschen Vertretern vorgeschlagenen Beweisführungen und Vorstellungen bleiben zanzlich erfolglos. Der Gegner will sich eben nicht überzeugen lassen und verhält sich Tatsachen gegenüber, die bei jedem militärischen Sachverständigen oder jedem Kenner wirtschaftlicher Verhältnisse ohne weiteres überzeugend wirken müßten, gänzlich ablehnend. Die Folgen, welche die Durchführung der massigen Bedingungen auf das Wirtschaftsleben, auch auf das der Entente, sowie auf die Ernährung und die inneren politischen Zustände des deutschen Volkes haben müssen, haben trotz eindringlicher Darlegung seitens der deutschen Vertreter bisher nicht die geringste Beachtung gefunden. Das deutsche Volk darf sich keinerlei Illusionen hingeben. Es hat einen erbarmungslosen Feind vor sich, der nicht verhandelt, sondern paktieren will, der nicht an Völkerverbündung denkt, sondern mit roher Gewalt einen Teil der Vorteile, die er von dem Friedensschluß erwartet, schon während des Waffenstillstandes in die Schenurn zu bringen hofft. In der Sitzung vom 21. November hat der Vorsitzende der deutschen Kommission, General von Winterfeld, nach einmal feierlich gegen eine derartig unannehmliche Durchführung eines Waffenstillstandes Protest erhoben. Der Protest wurde von dem französischen Vorsitzenden mit den Worten entgegengenommen: Il n'y a pas de réponse à donner! (Eine Antwort erübrigt sich)

London, 21. November. (Keuter.) Premierminister Lloyd George eröffnete heute seine Wahlkampagne mit einer Rede in Wolverhampton, worin er erklärte: Es ist schwer zu sagen, was größer war, die Gefahr, durch die wir gewonnen sind, oder der Sieg, den wir errungen haben.

Lloyd George wies die Haltung der Soldaten und Seeleute während des Krieges, erwähnte die Auslieferung der deutschen Flotte und fuhr fort: Was unsere Soldaten angeht, so haben wir eine schwierige Aufgabe vor uns. Niemals in der Weltgeschichte wurde menschlicher Mut und Ausdauer auf eine so schwere und langwierige Probe gestellt wie während der letzten 4 1/2 Jahre Mut und Ausdauer der britischen Soldaten, die ihr Heldentum bis in die letzten Stunden des Krieges bewiesen. Wir alle fühlen, daß diese Felder eine neue Welt ermöglicht haben. Wir haben die Aufgabe, England zu einem Land zu machen, das eine würdige Heimstätte für sie ist. Wir wollen diese Aufgabe mit einem neuen Parlament in Angriff nehmen, denn das alte hat sein Mandat erschöpft. Die erste Tatsache, die der Krieg uns enthüllte, war die erschreckende Verwundung mit unserem Nahrungsmaterial die eine Folge der schlechten Ernährung und Wohnungsbedingungen ist. Das muß anders werden. Das Problem muß von menschlichen und praktischen Standpunkt aus in Angriff genommen werden. Die Wohnungsfrage muß eine nationale Angelegenheit sein. Eine weitere Offenbarung des großen Krieges waren die riesigen Missfallen unseres Landes auf und unter der Erde. Das Land muß bis zum äußersten Grade seine Leistungsfähigkeit bebaut werden. Während der letzten zwei Jahre haben wir uns die Erweiterung der Anbaufläche besonders angelegen sein lassen, da wir nicht im voraus wissen konnten, welche Lage der U-Boot-Krieg herbeiführen würde. Aber wir waren entschlossen uns auf keinen Fall vor den U-Booten aushungern zu lassen. Trotz der Verminderung der Arbeitskräfte haben wir die Anbaufläche in Großbritannien und Irland um vier Millionen Acres vergrößert. Jetzt haben wir mehr Zeit und mehr Leute, um unsere Pläne auszuführen. Wir müssen systematisch darauf ausgehen, die Bevölkerung auf dem Lande anzufiedeln. Dies würde das Arbeitsangebot vermindern und den Arbeitsmarkt flügen. Eine großzügige Agrarpolitik ist zugleich eine proklamische Industriepolitik. Die Schwierigkeit liegt nicht in verschiedenen Interessen, sondern in fest gemurzeltten Vorurteilen. Wir dürfen niemandem sein Eigentum wegnehmen. Wir können einen Großstaat nicht auf unerblicher Grundlage aufbauen. Dies liegt einer der Grundtätigkeiten des Bolschewismus. Der Verzicht auf den Schutz der Bevölkerung des Ausbaus und der Aufforstung muß sich die besondere Aufmerksamkeit der Regierung zuwenden. Es müssen Pläne entworfen werden für die Ansiedelung tapferer Soldaten und Seeleute auf dem Lande, aber diese müssen hierüber besonders gelehrt werden. Die allererste Aufgabe ist, in jedem Bezirke eine Zentralstelle zu schaffen, um festzustellen, wieviel Soldaten und Seeleute sich auf dem Lande anzusiedeln wünschen, welche ihre besondere Beschäftigung ist und welcher Unterweisung sie noch bedürfen. Der Staat muß ihnen Erleichterung für den Kauf von Land und Geräten gewähren. Der Wert des Landes beschränkt sich nicht allein auf die Oberfläche. Bisher haben wir niemals unsere Kohlengruben vollausgenutzt, die wahrlich die reichsten der ganzen Welt sind. Durch gemeinsame Anstrengung wird es möglich sein, einen großen Teil der Kohlen in elektrische Kraft umzuwandeln, womit nicht nur der Industriellen geholfen, sondern auch die Landwirtschaft versorgt werden kann. Dies wird vielen Leuten Gelegenheit geben unter gefährlicheren Bedingungen als in vielen Teilen des Kontinents ihres Unterhalt zu erwerben. Auch die Frage besserer Transporte ist sehr wichtig. Sie steht in engem Zusammenhang mit den Wohnungsbedingungen, weil die Leute außerhalb der Städte wohnen müssen und es notwendig ist, schnell und billig die Produkte auf den Markt zu bringen. Vor dem Krieg erhielten wir die landwirtschaftlichen Produkte aus fremden Ländern hunderte von Meilen über See billiger als uns die Landwirte liefern konnten, die nur 50 Meilen vom Markt abwohnten. Das war höchst widerwärtig. Der Staat sollte für die Transportmittel verantwortlich sein. Wir müssen nicht nur die Produktion erhöhen und den heimatischen Märkten anpassen, sondern auch die Märkte außerhalb des Landes vergrößern. Wir müssen ein Parlament haben, welches diese Pläne zur Durchführung bringt und hierbei die Nation hinter sich hat. Es gibt im Lande revolutionäre Elemente, die nichts von Aufbau wissen wollen. Man weiß, daß die russischen Bolschewiken die Erbschaft, die sie antraten, dazu mißbrauchten, anarchoistische Lehrsätze in ganz Europa zu verbreiten. Die Regierung muß stark genug sein, um ihre Arbeit zu tun, ohne sich dabei von Kritikern oder solchen Leuten beeinflussen zu lassen, die systematisch den gut geordneten Aufbau des Landes verhindern wollen, weil sie glauben, sie können irgend etwas aus der allgemeinen Vermirrung für sich selbst herausfischen. Die Regierung muß sich auf eine große Mehrheit verlassen können.

Die deutschen Ueberseesdampfer in Sicherheit.

Berlin, 21. Nov. Von einem deutschen Gewährsmann wird berichtet, daß die deutschen Uebersee-Handelsdampfer

Liselottes Heirat.

Roman von D. Courths-Mahler.

20]

„Solche Weiber haben den Teufel im Leibe, ich möchte dieser pflicht- und ehroergessenen Frau wohl mal meine Meinung sagen.“

„Damit wäre indes weder mir noch Liselotte geholfen.“

„Natürlich nicht. — Weist du was — ich werde mit Liselotte sprechen und ihr den Kopf zurechtstellen, obwohl ich sonst nicht dafür bin, das ein dritter in ehelichen Angelegenheiten mitzuspochen hat.“

„Nein, Vater, tue das nicht. Eben deine Einmischung wollte ich verhindern, deshalb kam ich mit meiner Weichte zu dir. Du hättest mit deinen scharfen Augen bald die Entfremdung zwischen mir und Liselotte herausgefunden, und versucht, sie zu heben. Es ist aber besser, du berührst diese Angelegenheit nicht. Liselotte muß sich selbst zu mir zurückfinden, wenn unsere Ehe nicht an Halbheiten scheitern soll. Bitte, verlaß die Unbefangenen zu spielen, das ist es, was ich von dir erbitten möchte.“

„Aber ihr ändert euch da ewig lange herum.“

„Liselotte muß bald zur Einsicht kommen, das liegt doch klar auf der Hand.“

„Du hast nur lieber nicht so sehr darauf, Woll, Frauen sind unberechenbare Geschöpfe, zumal in Liebesangelegenheiten. Sie verbohnen sich oft in die unglaublichesten Torheiten. Und Liselottes heillosen Trotz, der mich schon manchmal zu schaffen gemacht hat, erschwert es ihr noch mehr, zur Vernunft zu kommen.“

„So muß ich mich eben in Geduld fassen.“

„Ich kann dir da nicht ganz zustimmen. Aber tue, was du willst — ich werde dich gewähren lassen. Herrgott noch einmal, nun denkt man, es ist alles gut und

ich und will sich am Glück seiner Kinder freuen, da kommt zu ein verrücktes pflichtvergessenes Weib und vernichtet einem alle Freude. Diese Frau von Römer soll mir nur weit aus der Schaulinie gehen, sonst kann sie einige recht ausgewachsene Grobheiten von mir zu hören bekommen. Und solch ein Satan ist nun auf unserem lieben alten Herrnode.“

„Darin ist nun nichts zu ändern, Vater.“

„Nein, leider nicht. Wir ist nur schleierhaft, daß sie sich damals aufgegeben hat, wenn ihre Liebe zu dir so groß ist.“

„Die Liebe zu Wlans und Reichtum war doch wohl noch größer. Da sie ihn nun besitzt, streckt sie die Hände wieder nach mir aus. Solche Naturen legen eben immer nach dem Unerreichbaren. hätte ich ihren Vorlesungen nachgegeben, wäre sie meiner sicher sehr schnell überdrüssig geworden. Daß ich ihr widerlebe, reizt sie, vielleicht mehr aus Eitelkeit als aus Liebe.“

„Was sein. Aber nun nichts mehr von ihr. Sahst du Liselotte schon heute morgen?“

„Nein, mich drängte es, zuvor mit dir zu sprechen.“

„Das arme, törichte Kind! Sie wird eine böse Nacht hinter sich haben. Sei nicht zu hart mit ihr, Woll, spenne den Bogen nicht zu straff. So ein junges reines Herz leidet zehnfach unter der ersten Enttäuschung und erteilt im Abwehrmanng der Empfindung unbefonnen. Ein mildes Urteil und Duldsamkeit sind Ermengenschaften des Alters, der Erfahrung.“

„Sei unbeforgt, Vater, ich will sie so zart anfassen, als ich kann. Es soll ihr nicht schwer werden, ihr Unrecht einzusehen. Ich habe sie doch so unbeschreiblich lieb und Sorge mich um ihr Glück mehr als um das meine. Ich will jetzt hinuntergehen zum Frühstück, du kommst wohl bald nach.“

„In fünf Minuten bin ich unten. Geh, mein Junge — und Kopf hoch, da kommst du auch noch in Klare!

Fahrwasser, verlaß dich darauf. Wenn die Liselotte in ihrem Herzen drin hat, der verliert seinen Platz nicht, die hält fest, allem zum Trost.“

„Das ist meine ganze Hoffnung.“ — Woll ging in das Frühstückszimmer. Fräulein von Schlegel war bereits anwesend und sah, in ein warmes Tuch gehüllt, am Roman. Es war kalt geworden über Nacht, Woll begrüßte sie freundlich und fragte, ob die Herrschaften, die im Schloß übernachtet hatten, schon aufgestanden wären. Die alte Dame berichtete ihm, daß sie bereits abgereist wären mit dem Fräulein. Man habe das junge Paar nicht hören wollen und deshalb die Wagen am Parktor halten lassen. Sie ließen sich mit bestem Gruß empfehlen.

Diese Nachricht war Woll sehr angenehm. Er brante nun wenigstens nicht den liebenswürdigen Witz zu spielen.

Als sein Vater kam, war er sehr erlaunt von der Abreise der Gäste zu hören. Auch er hatte den Aufbruch nicht bemerkt, da er seit geschlafen hatte. Kurze Zeit darauf erschien Liselotte, um wie sonst mit den beiden Herren und Fräulein von Schlegel das Frühstück zu nehmen.

Sie sah sehr bleich aus, und die Augen brannten, als sei ihnen der Schlaf fern geblieben. Die Ähren waren leicht getrübt von vergessenen Tränen. Ihr Anblick schritt Woll ins Herz. Am liebsten wäre er aufgetragenen und hätte sie in seine Arme genommen, um alle tränen Gedanken fortzuführen. Aber sie sah kalt und fremd an ihm vorbei und sprach so ruhig und beherrschend mit grünen Friebea und ihrem Vormund, daß er ebenfalls nur höflich lächelte Worte mit ihr wechselte.

(Fortsetzung folgt.)

famtlich, mit Ausnahme der „Queisenau“, welche in Reparatur liegt, rechtzeitig aus den belgischen Häfen nach Holland entkommen sind. Überall ist ihnen die Betätigung der Bevölkerung besonders hart anzuempfehlen.

Unser Schiffsmaterial „in Verwahrung“ der Entente.

Berlin, 23. Nov. Wie von einem Teilnehmer berichtet wird, tagte vom 20. bis 22. November die Kommission zur Überwachung der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen auf maritimem Gebiete in Antwerpen. Hierbei wurde von deutscher Seite der Auffassung des § 23 des Waffenstillstandsvertrages dahin Ausdruck gegeben, daß sämtliche übernommenen Schiffe, Werkstätten und alles Material von uns an Ort und Stelle gelassen und von der Entente in Verwahrung genommen werde. Der englische Admiral stimmte dieser Auffassung zu, betonte aber, daß die endgültige Entscheidung bei der Friedenskonferenz liegen würde.

Eine unabhängige süddeutsche Republik?

Berlin, 23. Nov. Wie verlautet, hoffen die am Montag in Berlin eintreffenden Vertreter Bayerns, Württembergs und Badens auf eine Verhandlung mit der Berliner Regierung. Diese Hoffnung wird hier geteilt. Sollte es aber nicht gelingen, eine Einigung zu erzielen, seien die süddeutschen Vertreter fest entschlossen, zur Errichtung einer selbständigen, von Berlin unabhängigen Republik zu schreiten.

Amerikas Schwerverwunde im Kriege.

Washington, 23. Nov. Das Handelsamt veröffentlicht den Verlust von 145 amerikanischen Passagier- und Handelsdampfern mit 354449 Tonnen Schiffsraum durch feindliche Tätigkeiten vom Beginn des Krieges bis zur Einstellung der Bombardierungen. 19 Schiffe gingen durch Torpedos, Minen und Geschosse vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verloren.

Kein Verbands mit den U.S.R.

Gang, 23. Nov. Die Daily News schreiben, die Unterteile würde auf keinen Fall mit den deutschen U.S.R. verhandeln. Wenn innerhalb der nächsten vier Wochen keine gesetzmäßige Regierung Deutschlands vorhanden sei, käme die Kündigung des Waffenstillstandes in Frage.

Amerika baut weiter an der Flotte.

Washington, 23. Nov. Der Martinekommission des Präsidentenabamtes wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Flotte im Jahre 1920 doppelt so stark sein werde, wie im Jahre 1917. Sie wird aus 800 Schiffen bestehen.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tagesblattes“.

Präsident Wilson am 12. Dezember in Frankreich.

Amsterdam, 25. November. (tu.) Havas meldet aus Paris: Die Ankunft des Präsidenten Wilson in Frankreich wird am 12. Dezember erfolgen.

Mißstimmung gegen Wilson.

Genf, 25. November. (tu.) Die Pariser sozialistische Presse bekämpft die neue, von London ausgehende Propaganda gegen die Abreise. Der Sieg ist so unverhofft gekommen, daß die Entente entgegen Wilsons Absichten eine größere Ausrüstung wünscht. Auch von der Befreiung Berlins spricht man, weil diese zu Beginn einer großen Expedition gegen Rußland notwendig erscheine. „Humaniter“ schreibt: Die Deputierten verhehlen heimlichwegs ihre Mißstimmung gegen Wilson.

Amerikanische Offiziere in Trier.

Trier, 25. November. (tu.) Vom amerikanischen Hilfskomitee für Lebensmittel sind gestern sechs amerikanische Offiziere eingetroffen. Sie verhandelten mit dem U. S. Rat und haben die Weiterreise nach Koblenz angetreten.

Amerikaner in Luxemburg.

Luxemburg, 25. November. (tu.) Am Donnerstag zogen die Amerikaner unter Glockengeläut und großen Freudenkundgebungen des Volkes in Luxemburg ein, wo sie als Freunde und Befreier empfangen wurden.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jedermann dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 25. November

— An die heimkehrenden Feldtruppenteile aus dem Bereiche des Stellvert. Generalkommandos XII. Nach mehr denn 4jähriger treuer Grenzwehr gegen eine Welt voll Feinden kehren jetzt und in der nächsten Zeit unsere tapferen Feldtruppen in ihre dankbaren sächsischen Heimat zurück. Tag und Stunde ihres Eintreffens sind infolge der Beförderungschwierigkeiten ungewiß und gelangen daher vielfach erst nach ihrer Ankunft in ihren Standorten zur Kenntnis des Stellv. Generalkommandos. Dieses vermag sie aus diesem Grunde nicht bei ihrer Rückkehr in die Heimat persönlich und einzeln zu begrüßen. Das Stellv. Generalkommando muß sich vielmehr damit begnügen, ihnen allen hierdurch zugleich im Namen der ihm unterstellten Heimatruppen „Ein herzliches Willkommen in der Heimat!“ zuzurufen.

— Landwirte Sachsens! Größte Gefahr ist im Verzuge! Das Ernährungsproblem bricht zusammen, wenn es nicht gelingt, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Die Not steigt dann ins Entsetzliche. Unser Wirtschaftsleben wird vollends zu Grunde gerichtet. Unter solchen Verhältnissen haben alle Gegensätze zurückzutreten. Jeder hat dann mitzuwirken, daß die Lebensmittelaufgaben keine Unterbrechungen erfahren. An die Landgemeinden ist die Aufforderung, ergangen, unverzüglich Ortsausgänge zur Sicherstellung der Volksernährung zu bilden. Sie sind paritätisch zusammenzusetzen, d. h., es haben ihnen Vertreter der Erzeuger und Verbraucher in gleicher Zahl anzugehören. Den Ortsausgängen liegt es ob, bei der Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mitzuwirken, vor allem den verderblichen Schlachthandel zu unterbinden. Eine weitere wichtige Aufgabe besteht darin, für geordnete Verhältnisse in der Gemeinde Sorge zu tragen. Dazu gehört in erster Linie die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für die heimkehrenden Krieger. Können diese nicht in den einzelnen Betrieben untergebracht werden, so müssen besondere Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, was keiner Gemeinde schwer fallen dürfte. Landwirte! Nehmt den rechten Anteil an der Tätigkeit dieser Ausschüsse! Unterstützt sie, wo und wie ihr könnt. Keiner bleibe abseits. Jeder stelle sich in den Dienst der guten Sache. Es gilt,

das Vaterland aus schwerer Gefahr zu retten! Landeskulturrat, Landwirtschaftliche Kreisvereine, Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Bund der Landwirte.

— Das Geld der zurückkehrenden Soldaten. Die aus dem Osten zurückkehrenden Soldaten bringen vielfach Obergeld, Darlehensloosenscheine usw., mit, und es haben Zweifel darüber bestanden, ob wohl dieses Geld hier angewechselt werden kann. Die Reichsbank und die Reichspost sind angewiesen, dafür zu sorgen, daß solches Geld angenommen und eingewechselt werde.

— Wie soll man flagen? In der Bürgerschaft zu Chemnitz waren Zweifel laut geworden, ob beim Schmücken der Straßen für den Empfang unserer heimkehrenden Krieger irgendwelche speziellen Fragen vorgeschrieben seien. Wie aus dem Bureau des Chemnitzer Stadtpräsidenten mitgeteilt wird, besteht in dieser Hinsicht keinerlei Vorschrift. Jeder soll flagen, wie es ihm ums Herz ist, denn bei diesem Empfang handelt es sich nicht um eine parteipolitische Demonstration, sondern um eine Dankkundgebung unserer Heimat. Dasselbe dürfte wohl auch für alle anderen Orte gelten.

— Das Gesamtministerium hat beschlossen, die früheren königlichen Hoftheater nebst der Musikalischen Kapelle von Staat wegen als Landestheater in der bisherigen Weise fortzuführen und dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts zu unterstellen. Die geschäftliche Leitung und Verwaltung dieser Kunstanstalten ist dem Geheimen Hofrat Dr. Adolof übertragen; die künstlerische Leitung erfolgt auf genossenschaftlicher Grundlage.

— Schnellzugsfahrplan. Die kürzlich durchgeführte Einziehung einer größeren Zahl von Personen- und Schnellzügen reicht noch nicht aus, um die jetzt allem vorgehende Heimkehrerfrage der Truppen neben der dringlichsten Lebensmittel- und Kohlenbeförderung sicher zu stellen. Wie in den anderen Bundesstaaten, macht sich auch in Sachsen zeitweilig die fast völlige Aufhebung der Schnellzüge für den öffentlichen Verkehr nötig. Vom 25. November an kann vorübergehend auf allen sächsischen Linien, auf denen überhaupt noch Schnellzüge verkehren, nur mehr ein Schnellzug in jeder Richtung für den öffentlichen Verkehr abgefahren werden. Ein Verzeichnis dieser Züge wird auf allen Stationen anvertrieben.

— Die Entschädigung für die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte wird in nächster Zeit endgültig geregelt. Bis dahin wird vorläufig angeordnet: Der örtliche Arbeiter- und Soldatenrat ist berechtigt, von der Gemeinde Geld aus Gemeindefonds zur Durchführung seiner Aufgaben zu beanspruchen. Die Mitglieder, die auf Grund dieser Tätigkeit eine andere Berufstätigkeit nicht ausüben können, erhalten Tagesgelde, deren Höhe der Arbeiter- und Soldatenrat unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse selbst bestimmt. Andere oder vorübergehende Tätigkeit und Teilnahme an Sitzungen der Behörden werden nach der Bekanntmachung über Fortführung der Dienstgeschäfte vom 16. November 1918 entschädigt. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben über ihre Aufwendungen Rechnung zu legen und der zur Zahlung verpflichteten Gemeinde eine Abschrift der Rechnung zu geben.

— Das Stellv. Generalkommando XII erläßt im Einvernehmen mit dem Ver. resol. U. und S. Rat folgende Bekanntmachung: Um zu verhüten, daß bei Entlassungen der Einzeln und die Gesamtheit des Volkes durch Mißempfangen von Bekleidungsstücken geschädigt werden, ist bestimmt worden, daß in die Entlassungspapiere genaue Angabe der Art und die vorgeschriebene Stückzahl der empfangenen Bekleidungsstücke eingetragen werden. Unmöglich ist die Ausstattung eines Soldaten mit nur neuen Stücken, da bei weitem derartig große Vorräte nicht vorhanden sind. Die Heimatruppen werden meistentheils Anzüge in ihrem Besitz haben, die den Ansprüchen eines Entlassungsanzuges unter den obwaltenden Verhältnissen genügen müssen. Die Feldtruppen, bei denen naturgemäß ein größerer Verbrauch der Bekleidungsstücke stattgefunden hat, sind in erster Linie zu berücksichtigen. Sie müssen auch bei möglichem Umtausch mit ausgebesserten Stücken vorlieb nehmen. Es ist zu hoffen, daß jedermann so einständig ist, sich mit diesen unbedingt nötigen Maßnahmen zufrieden zu geben. Er braucht ja einerseits nur an die richtige Menge der Millionen zurückkommender Krieger, die alle bekleidet sein wollen, zu denken, andererseits an die seit den Kriegsjahren herrschende Stoffknappheit und den Arbeitermangel. Der Entlassungsanzug soll, wenn er in Uniform verabreicht wird, aus solchen Stücken bestehen, die der Mann bereits besitzt. Umtausch dieser Stücke ist nur gestattet, wenn sie unbrauchbar oder veraltet sind. Der Mantel darf nur leihweise mitgegeben werden. Zuzulänge besitzt die Militärverwaltung nicht.

Starke Sinken der Kohlenförderung in Sachsen.

Infolge der überstürzten Einführung des Achtstundentages und des Weglaufens vieler Bergarbeiter ist die Kohlen- und Braunkohlenförderung in Sachsen in der letzten Zeit außerordentlich stark gesunken, so daß die größte Gefahr entsteht, da schon bisher die Förderung unzureichend war. In Oorna müßten die Kohlenwerke für den Laubbau größtenteils unbeladen nach Haus fahren. Vielfach sind auch die arbeitswilligen deutschen Bergleute gezwungen, zu feiern weil der Bergbaubetrieb eng miteinander greift. Das sächsische Arbeitsministerium befaßt sich mit dieser Frage und hofft, durch schnelle Verstärkung der Bergschafften aus den heimkehrenden Kriegern die Förderung wieder heben zu können. Ganz genau die gleichen Verhältnisse herrschen übrigens im nordwestböhmischen Kohlengebiet. Die eigenmächtige Demobilisierung der Militärbergleute hat den ganzen Betrieb zum Stillstand gebracht.

— Raufbach. In den Ausschuss zur Sicherung der Volksernährung wurden gewählt als Erzeuger die Gutbesitzer Rump, Hennig und Bogya, als Verbraucher Lehrer Leonhardt, Fabrikant Zischang und Invalide Piesche. Vorsitzende sind Gutbesitzer Rump und Lehrer Leonhardt.

— Weigen. Die Sammlung für die Kolonialkriegspende hat im Bezirk der Amtshauptmannschaft Weigen das Ergebnis von 12507 Mk 77 Pfg gehabt.

— Dresden. Bei den Sonntag stattfindenden Wahlen zum Dresdner Arbeiterparlament wurden für die Liste I (Arbeiter- und Soldatenräte) 74986 Stimmen und für die Liste II (Unabhängige Sozialdemokraten) 5017 Stimmen abgegeben.

Diese Zahlen stellen das vorläufige Wahlergebnis dar, da bei ihrer Bekanntgabe noch einige Bezirke ausstehen. Dieser Sieg der gemäßigten sozialdemokratischen Richtung ist mit Genugtuung zu begrüßen, bedeutet er doch ein aussergewöhnliches Zeugnis dafür, daß die Dresdner Arbeiter und Angestellten mit überwiegender Mehrheit für eine Durchführung der Neuordnung in Ruhe und Ordnung, sowie für die baldige Einberufung der Nationalversammlung eintreten.

— Dresden. In der Nummer der „Dresdner Rundschau“ vom 16. November wird ein Gerächt wiedergegeben, wonach das Direktorium des Roten Kreuzes der Hofkasse des Prinzen Johann Georg 20000 Mark für seine Lazarettbesuche gezahlt haben soll. Das Gerächt entbehrt jeglicher Begründung. Der Landesauskunft der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen hat niemals Geld an die Hofkasse des Prinzen Johann Georg oder an ihn selbst gezahlt. Prinz Johann Georg hat jedoch wiederholt namhafte Geldspenden dem Roten Kreuz zugewendet.

— Dresden. Der Straßenbahnverkehr soll von Dienstag an nach der Bekanntmachung des Rates auf die Zeit von früh bis nachmittags 3 Uhr beschränkt werden, und nicht auf die Zeit von früh 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, wie gestern mitgeteilt wurde. Die Beschränkung wird nur so lange aufrechterhalten werden, als die mangelnde Kohlenzufuhr dauert.

— Glauchau. Die Stadt prangt aus Anlaß der heimkehrenden Krieger in würdigem Flagen- und Reanzschmuck.

— Penig. Den heimkehrenden Feldzugsteilnehmern zu Ehren rüft man sich hier zur Schmückung der Stadt. Am Eingang der Bahnhofstraße hat man bereits Willkommensschmuck angebracht. Der Verein Frauendank hat es in die Hand genommen, am Bahnhof den zurückkommenden Kriegern zu Ehren eine Ehrenpforte zu errichten. Hoffentlich findet es bei der Bürgerfeste allgemeine Nachahmung, den zur Verteidigung des Vaterlandes nach jahrelangem Fernsein von der Heimat eintreffenden tapferen Helden einen würdigen Empfang zu bereiten.

— Goldig. Aus der hiesigen Landesirrenanstalt sind nach Anordnung zweier Pfleger und Abnahme der Schlüssel 13 Verpflegte, angeblich schwere Verbrecher, ausgebrochen und entkommen.

— Leipzig. Nach einem Erlaß des U. und S. Rates vom 25. November ist für schweren Wucher die Todesstrafe festgesetzt. — Das dürfte helfen!

— Baugen. Sämtliche städtischen Schulen sind geschlossen, um sie der Einquartierung der heimkehrenden Soldaten dienlich zu machen. Alle Säle und Gesellschaftshäuser sind mit Befehl belegt. Die städtischen Bäder und Volkstheater werden den Soldaten geöffnet.

— Schönbuch. Am Freitag fand hier eine Bauernversammlung statt, um den von der neuen Regierung angeordneten Bauernrat zu gründen. Es wurden die bestehenden Verhältnisse genau erörtert und folgendes beschlossen: Der Rat stellt aus der neuen Regierung mit allen unseren Kräften zur Verfügung, solange aus nur irgend die Möglichkeit dazu bleibt. Die Hauptaufgabe des Bauernrates soll sein: Erfassung aller verfügbaren Lebensmittel neben strengster Wahrung der Ruhe und Ordnung. Auf Grund seiner selbstlosen Mitarbeit zum Wohle des Vaterlandes soll er aber folgende notwendige Forderungen auf, die die neue Regierung in wohlwollende Erwägung ziehen muß: 1. unbedingte Erhaltung des Saatgutes, Gleichheit zwischen Altgut und kleinem Gut, Altgut dürfen nicht mehr Saatgut als zur eigenen Bewirtschaftung zurückhalten; 2. schnelle Beschaffung von Kraftfutter und Düngemitteln; 3. gerechte Verteilung von Lebensmitteln; 4. Überprüfung der Paragraphen in der Schönbeordnung; 5. Der Achtstunden- Arbeitstag ist für die landwirtschaftlichen Arbeiter undurchführbar; 6. Erhaltung der Zollgesetz zum Schutze aller deutscher Erzeugnisse; 7. ganz besondere Erhaltung und Schutz des Privatgrundbesitzes; 8. sofortige Einberufung der Nationalversammlung; 9. einen Einfluß in das Bestehen der Kirche, insbesondere Aufhebung des Religionsunterrichtes in den Schulen wird die landwirtschaftliche Bevölkerung niemals dulden. Es wurden 7 Landwirte, von denen einer als Vorsitzender fungiert, sowie ein Herr als Beisitzer mit nur beratender Stimme gewählt.

Briefkasten.

E. Herzogswalde. Hat eine Mutter Anspruch auf die Eöhnung eines in Gefangenschaft geratenen Sohnes? Selbiger hat bisher die Mutter unterstützt, da sie infolge Krankheit nicht mehr arbeiten kann. An welche Stelle wählte man sich wenden? — Soweit die Bestimmungen uns bekannt sind, ist in ähnlichen Fällen die Eöhnung bewilligt worden, wenn ein begründeter Besuch vorgelegen hat. Das Gesuch ist an die Kassenverwaltung desjenigen Truppenteils zu richten, bei dem der Gefangene zuletzt stand. Es muß der Ortsbehörde vorher zur Befähigung der Befähigung vorgelegt werden.

H. F. Ihre Scherzfrage: „Der Unterschied zwischen früher und jetzt“ ist so hübsch, daß wir sie hier gerne mitteilen. Also: früher wechselte man täglich seinen Kragen und monatlich einen Hundertmarkschein, jetzt wechselt man täglich einen Hundertmarkschein und monatlich einen Kragen!

R. S. Wilsdruff. Antwort Die Fischversorgung liegt durchaus im argen. Auf das flache Land und in die Kleinstädte gelangen Fische so gut wie gar nicht, obwohl doch eine ganze Menge gefangen wird. Geht man diesem Mißstande nach, so ergibt sich als der Weisheit letzter Schlag stets die Ausrufe, daß zuerst die Großstädte versorgt werden müssen. Nun frage man aber einmal im Haushalt eines Großstädtlers nach. Auch dort sind Fische so unbekannt wie bei uns. Dagegen gibt es in den Großstädten kaum eine Gastwirtschaft, in der man nicht mittags, allerdings zu faulblütigen Preisen, ein Fischgericht bekommen könnte. Es wäre an der Zeit, daß die maßgebenden Reichsstellen diesem Mißstande endlich einmal von Grund aus abzuhelfen.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.
Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Jähante in Wilsdruff.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer: J. R. Gärtner für den Inseratenteil: Arthur Jähante, beide in Wilsdruff.

Amtlicher Teil.

Notstandsarbeiten.

Wenn Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von Arbeitslosen die sofortige Enteignung von Grundstücken oder Rechten an solchen nötig machen, kann die Einleitung des Dringlichkeitsverfahrens nach § 70 des sächsischen Enteignungsgesetzes vom 24. Juni 1902 beim Ministerium des Innern beantragt werden.

Nach dieser Bestimmung kann die sofortige Entziehung oder Beschränkung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundstücken vorbehaltlich nachträglicher Feststellung des Gegenstandes der Enteignung und der Entschädigung gegen Sicherheitsleistung des Unternehmers veräußert werden, wenn die sofortige Ausführung eines dem öffentlichen Nutzen gewidmeten Unternehmens zur Abwendung drohender Gemeingefahr erforderlich ist.

Dresden, am 22. November 1918.

2508 III A.

Der Staatskommissar für Demobilisierung.
Dr. Dehne.

Verordnung,

die Einlieferung der Zuckerbezugsausweise durch die Klein- händler betreffend.

Die Kleinhändler haben die von ihnen abgetrennten Bezugsausweise der Zuckerkartenreihe 11 sowie die Bezugskarten der Reihe 11 spätestens bis zum 26. November 1918 ihren Lieferanten einzuliefern. Die Einlieferung hat unter Einschieben oder mittels Wertpaket zu geschehen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet.

Dresden, am 19. November 1918.

977 V LA I c

Ministerium des Innern.

Achtung vor den Kunstdenkmälern der Vergangenheit.

Sachsen ist reich an Kunstdenkmälern aus vergangenen Jahrhunderten. Viele von ihnen erinnern an frühere Herrscher des Landes und an nicht mehr bestehende Staatsformen. Unverkündete könnten hieraus Anlaß nehmen, solche Denkmäler zu mißachten oder gar zu beseitigen.

Ein Volk aber, das die Förderung und Pflege der Kunst zu den vornehmsten Aufgaben des freien Gemeinwesens rechnet, ist es sich selbst schuldig, auch die Kunstdenkmäler der Vergangenheit wert zu halten und zu hüten.

Wir empfehlen Sie daher dem Schutze der Allgemeinheit. Den Schutze der Regierung hat der Volksbeauftragte für das Innere Ministerium zugesagt.

Dresden, am 24. November 1918.

263 K. D.

Landesamt für Denkmalpflege.
v. Weid.

§ 2 der Bekanntmachung vom 27. Juli 1918 über Beförderung von Vieh —
Sächsische Staatszeitung Nr. 174 vom 29. Juli 1918 — erhält folgenden Zusatz:

„Wird Vieh auf Beförderungsfchein oder als G. p. d. oder als G. p. d. aufgegeben, so ist eine besondere schriftliche Versandgenehmigung der zuständigen Stelle vorzulegen.“
Dresden, am 18. November 1918.

4752 b V LA III

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Nachtrag zur amtlichen Bekanntmachung über Kriegsgefangenen-Entlöhnung.

Die Kriegsgefangenen erhalten vom 11. 11. 18 ab als Reinerwerb in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft mindestens 1.00 M. und im Gewerbe Mindestabfindung 2.00 M. für den Kopf und Arbeitstag. Die Differenz der zu errechnenden Abfindung lt. Rundschreiben vom Mai 1918 Nr. 1078 bis zu der Mindestabfindung von 2.00 M. täglich ist vom Arbeitgeber als freiwillige Zulage zu gewähren und dementsprechend in der Lohnliste einzufügen. Etwa den Kriegsgefangenen vorher höher gezahlte Löhne und Abfindungen sind denselben weiter zu belassen. Beförderungszulage ist für die in der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen nicht mehr zulässig.

Der Soldatenrat Kriegsgefangenenlager Tr.-Pl. Königsbrück.
J. A. Lindner. Lange, Major und Kommandant.

Kriegsteilnehmer betr.

Um die Verpflegung der vom Heere nach Wilsdruff zurückkehrenden Kriegsteilnehmer und der etwa 3. Jt. noch auswärts in Arbeit und Verpflegung stehenden, aber voraussichtlich bald dauernd hierher zurückkommenden Wilsdruffer Einwohner sicherstellen zu können, fordern wir Haushaltungsvorstände, Angehörige und Arbeitgeber auf, umgehend solche Personen im Meldeamt (Städt. Verwaltungsgebäude, Erdgeschoss, Zimmer 2) zu melden.

Wilsdruff, am 25. November 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Inseraten-Teil.



Zurückgekehrt vom Grabe meines
lieben Mannes und Vaters

Max Reymann

drängt es uns, allen für die innige Anteilnahme und den herrlichen Blumenschmuck herzlich zu danken. Besonderen Dank der Familie Rüttner sowie unseren lieben Nachbarn für ihren treuen Beistand und das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte. Dank auch der Firma Arthur G. L. sowie seinen lieben Arbeitskollegen für die herrliche Blumenspende und Herrn Pfarrer Dr. Wahl für seine tröstlichen Worte. Möge Gott alle vor ähnlichen Schicksalsschlägen bewahren.

Grumbach, am 24. Novbr. 1918.

Die tieftrauernde Witwe Ella Reymann
nebst Söhnchen Helmut
und allen Hinterbliebenen.

**Dauerbrandöfen
Spar-Kochherde**
in allen Größen.

Paul Schmidt,
Dresdner-Strasse 94, Ecke
Rosenstraße.
Fernsprecher 484.

1900 gebautes
**größeres Wohnhaus
mit Werkstätten, Garten**
zu verkaufen. Offert. unter
697 an die Geschäftsstelle
da. Bl. erbeten.

Ein Selbstfahrer
(Holländer) für Knaben zu
verkaufen.
Meißnerstraße 266.

**Elektr. Licht-
u. Kraftanlagen**
sowie Erweiterungen
werden sofort ausgeführt.
Off. Angebote an Monteur
Müller, Gasthaus „Zur
Parkschänke“, erbeten.

ANZEIGEN
aller Art
vermitteln wir
zu jeder Zeit
zu Original-Preisen
an alle Zeitungen
:: im deutschen Reiche. ::
Geschäfts-Stelle des
Wilsdruff. Tageblatt.

Man lese täglich die amtlichen Be-
kannmachungen in unserem Blatte.
Unkenntnis der Bestimmungen schützt
nicht vor Strafe.

Für Neujahr 1919
finden Stellung
**Knechte, Mägde,
Pferde- und Ochsen-
jungen**
durch d. Arbeitsnachweis
des Landeskulturrats,
Am Ehrenfriedhof 213.
Fernsprecher 429.

Der
Caschew-Fahrplan
für Winter 1918/19
der Eisenbahnstrecken
Pöschappel-Wilsdruff-
Roffen und
Wilsdruff-Meißen mit
Dampfschiff-Fahrplan
ist wieder fertiggestellt und
bei uns zu haben.
Stück 15 Pfennige.
Die Geschäftsstelle
des „Wilsdr. Tagebl.“

Kohlen-Karten
fertig in allen Größen zu
die Buchdruckerei d. Bl.
Gebrauchter
Sport- und Kinderwagen
zu verkaufen. Bsp. laut die
Geschäftsst. da. Bl. unt. 694

Der Verein Heimatdank
will aus allen Kreisen des Volkes diejenigen, die für
unsere Kriegsheilbringer mit arbeiten und mit opfern
wollen, zusammenrufen, damit sie sich vereint dieser
Fürsorge widmen und deren Kosten nach Kräften tragen.



Nachruf.

am 21. November kurz nach Mittag,
schwerer Krankheit, welche er sich im
Friede zugezogen hatte, mein früherer

Maler
Max Reymann.

Seit Bestehen meines Geschäfts war er
mir stets ein treuer, pflicht-wahrender
Arbeiter, und werde ich sein Andenken in
Ehren halten.

Wilsdruff, am 25. Novbr. 1918

Arthur G. L.,
Möbelfabrik.

**Flugblätter, Handzettel
Plakate
Stimmzettel usw.**

liefert schnellstens die
Buchdruckerei des Wilsdr. Tzbl.

Reiffelsdorf. Lebensmittelverteilung
in der 48. Woche.

Mittwoch den 27. November:
Eier-Abgabe in den bekannten Verkaufsstellen.
Kaffee-G. Satz, 250 Gramm auf den Kopf,
zu 58 Bl. Gelbe Karten Abschnitt 2.
Verkaufsstellen: Schmiede und Starke.

Reiffelsdorf, am 23. November 1918.

Der Ortsausfuß.

Für unseren Ausverkauf!

Kaufbach

haben wir für 1. Januar 1919 einen gewissenhaften
Austräger.

Geschäftsstelle des Wilsdruff. Tageblattes.

Oswald Mensch
Rossschlächterei Pöschappel
Fernsprecher Nr. 735 Amt Dauben.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben,
unvergessenen, treuherzigen Mutter, Groß-
und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin
und Tante, Frau

Anna Marie verw. Seipt
geb. Kleiber

sagen wir allen lieben Verwandten, Nachbarn und
Bekanntem für die vielen Beweise der Liebe
und Anteilnahme durch Wort und Schrift sowie
für den reichen Blumenschmuck und das ehrende
Geld zur letzten Ruhestätte unseren
herzlichsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Pfarrer Dahn für
seine liebevolle Aufopferung in ihrer Stunde
und für die tröstlichen Worte am Grabe sowie
Herrn Lehrer Runge für den ehrenvollen
Sarg. Dies alles hat unseren wunden Herzen wohlgetan!
Wir aber, liebe Mutter, ruhen wir ein
„Gute Nacht!“ und „Ruhe sanft!“ in Dein
stillen, allmächtiges Grab nach.

Tanneberg, am 22. November 1918.

In tiefstem Schmerze
Die tieftrauernden Kinder.

Lose
der 2. Heimatdank-Geldlotterie
sind ab heute wieder erhältlich

in der
Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tagebl.“